



Hans-Peter Mayer MdEP

Straßburg Aktuell

Nr. 121 / Plenarwoche:
10. – 14. Dezember 2012



I. Allgemeine Informationen: Friedensnobelpreis

Inmitten ihrer schwersten Krise ist die Europäische Union (EU) in Oslo mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet worden. Der Präsident des Europäischen Rates Herman Van Rompuy, Kommissionspräsident José Manuel Barroso und Parlamentspräsident Martin Schulz nahmen den Preis als Vertreter der EU gemeinsam entgegen. Die EU wird mit dem Preis für ihren Beitrag für ein friedliches und stabiles Europa geehrt. Der Friedensnobelpreis belohnt, dass die EU maßgeblich zur Aussöhnung in Europa nach zwei Weltkriegen beigetragen hat. Gemeinsam muss nun dafür gesorgt werden, dass nicht verloren wird, was auf den Ruinen von zwei Weltkriegen aufgebaut wurde. Europa muss nach vorne schauen und das schützen, was bereits erreicht worden ist. Kommissionspräsident Barroso wies in seiner Rede darauf hin, dass der Euro das stärkste Symbol der Einheit des Staatenbundes, der sich in jedermanns Händen befände, sei. Parlamentspräsident Schulz bezeichnete den Preis als Mahnung und Warnung. Der

Staatenbund sei die Verwirklichung eines jahrhundertealten Traums. Er warnte davor, den Frieden als selbstverständlich zu nehmen und zu glauben, dass Rassismus und Hass in Europa auf ewig gebannt seien. Das Nobelpreiskomitee will an das erinnern, was mit der EU aufgebaut wurde und auf die Gefahr hinweisen, dass dies wieder verloren gehen könnte.

Ich freue mich über das Zeichen des Friedensnobelpreiskomitees, die Verdienste der EU zu würdigen, die Repräsentanten aber auch zu ermahnen, weiter nach Frieden und Gerechtigkeit zu streben und in diesem Bestreben nicht nachzulassen. Die Preisvergabe würdigt den Verdienst der EU, Konflikte gemeinschaftlich und friedlich zu überwinden und zeigt, dass dies auch in noch so schwierigen Zeiten möglich ist. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen und Ihren Familien eine friedliche und gesegnete (Vor-) Weihnachtszeit und einen guten, gesunden und friedlichen Start in das Jahr 2013!

II. Das Europäische Parlament (EP) hat u.a. folgendes beschlossen:

1. Gesetzespaket zur Einführung eines Gemeinschaftspatents

Das EP befürwortete das Patent-Gesetzespaket, mit dem Unternehmen künftig flächendeckenden Patentschutz in ganz Europa erlangen können. Ziel ist vor allem, dass der Mittelstand profitiert, der sich einen solch umfassenden Schutz bisher aufgrund der teuren Gebühren und Übersetzung meist nicht leisten konnte. Mit dem EU-Patent sollen die Kosten drastisch fallen. Während der Kommission zufolge bisher für den Patentschutz im Binnenmarkt rund 36.000 Euro bezahlt werden müssen, sollen es künftig weniger als 5.000 Euro sein. Auch Patentstreitigkeiten sollen in Zukunft effizienter gelöst werden. Mit einem zwischenstaatlichen Ab-

kommen wird ein eigenes Patentgericht geschaffen dessen offizieller Sitz Paris ist. In München und London werden Fachabteilungen angesiedelt. Das Gemeinschaftspatent wird es auf Deutsch, Französisch und Englisch geben. Ein Antrag auf Patentierbarkeit kann zwar in allen offiziellen Sprachen der EU gestellt werden, muss dann aber von einer Übersetzung in eine dieser drei Sprachen begleitet werden. Kleinen Unternehmen sowie Universitäten und öffentlichen Forschungseinrichtungen sollen die Übersetzungskosten erstattet werden. Ist das Patent einmal erteilt, kann der Inhaber den automatischen Schutz in allen EU-Staaten beantragen, die sich an dem neuen System beteiligen (Italien und Spanien beteiligen sich vorerst nicht). Derzeit muss

der Patentschutz in allen Staaten, in denen er gelten soll, einzeln beantragt werden.

2. Entschließung zum Antibiotikaeinsatz

Vor dem Hintergrund einer zunehmenden Antibiotikaresistenz verlangte das EP, den prophylaktischen Einsatz solcher Wirkstoffe in der Tierhaltung zu beenden. Auch in der Aquakultur sowie in der Humanmedizin soll man sich auf die Vorbeugung von Krankheiten -etwa durch bessere Hygienestandards- konzentrieren, statt grundlos Antibiotika einzusetzen. Wichtigstes Ziel einer EU-Strategie müsse der verantwortungsvolle Umgang mit Antibiotika sein. Dazu sei ein Sinneswandel bei Tierärzten, Landwirten, Ärzten und Apothekern notwendig. Unter anderem müsse in der Tiermedizin der Einsatz antimikrobieller Mittel der dritten und vierten Generation, die laut Weltgesundheitsorganisation für den Menschen von besonderer Bedeutung seien, beschränkt werden. Die Abgeordneten fordern unter anderem EU-Leitlinien für den Umgang mit Antibiotika sowie eine gezielte Forschungsförderung. Die EU-Kommission hatte im November einen Aktionsplan vorgelegt mit dem Ziel, ein Umdenken im Umgang mit Antibiotika zu erreichen. Im Oktober hatte der Agrarausschuss des EPs gefordert, in der Tierproduktion sollten weniger Antibiotika verwendet werden.

3. Liberalisierung der Bodendienste auf Flughäfen

Der Vorschlag der EU-Kommission zur vollständigen Liberalisierung der Bodendienste an Flughäfen wurde von den Abgeordneten in erster Lesung abgelehnt und an die beiden zuständigen Ausschüsse, Verkehr und Beschäftigung, zurück verwiesen. Die komplette Ablehnung eines Kommissionsvorschlags ist den Abgeordneten erst in zweiter Lesung mit einer absoluten Mehrheit möglich. Die Kommission will die Mindestzahl an Dienstleistern für die Bodenabfertigungsdienste auf Flughäfen, von heute zwei auf drei erhöhen. Mehr Wettbewerb soll auch preiswertere Tickets bringen. Die aktuelle Richtlinie erlaubt für die Gepäckabfertigung, Vorfelddienste, Betankung sowie Fracht- und Postabfertigung Zulassungsbeschränkungen, die viele Länder darunter Deutschland, das pro Flughafen nur einen solchen Dienst zulässt, nutzen. Der Verkehrsausschuss, der in erster Lesung den Liberalisierungsvorschlag der Kommission rundweg abgelehnt hatte, muss nun binnen zwei Monaten einen neuen Bericht vorlegen. Der Beschäftigungsausschuss will mehr soziale Sicherheit und eine Stärkung der Arbeitnehmerrechte durchsetzen. Die EU-Verkehrsminister hatten sich mehrheitlich für die Liberalisierung der Bodendienste ausgesprochen.

III. Weitere Themen waren u.a.:

- Slot- und Fluglärmverordnung
- Haushalt 2013
- Nachtragshaushalt 2012
- Einführung einer Finanztransaktionssteuer
- Entschließung zur Förderung der Stahlindustrie
- Freihandelsabkommen mit Kolumbien und Peru
- Assoziierungsabkommen mit Mittelamerika

- Höchstdauer für Tiertransporte

Herzlichst Ihr

Prof. Dr. Hans-Peter Mayer, MdEP

Berichte, Gesetzestexte und Protokolle der Sitzungen finden Sie im Internet unter:

<http://www.europarl.europa.eu/> oder <http://www.europarl.europa.eu/activities/introduction/home.do?language=DE>.

Europäisches Parlament:

Büro ASP 15 E 154
Rue Wiertz, B-1047 Brüssel
Tel.: 0032-2-284-7994
Fax: 0032-2-284-99 94

E-Mail: hans-peter.mayer@europarl.europa.eu

Internet: <http://www.europa-mayer.de>

Europabüro:

Große Strasse 90
49377 Vechta
Tel.: 044 41/90 99 09
Fax: 044 41/90 99 10

E-Mail: info@europa-mayer.de



EVP-Fraktion